

Unabhängigkeit nicht gewollt

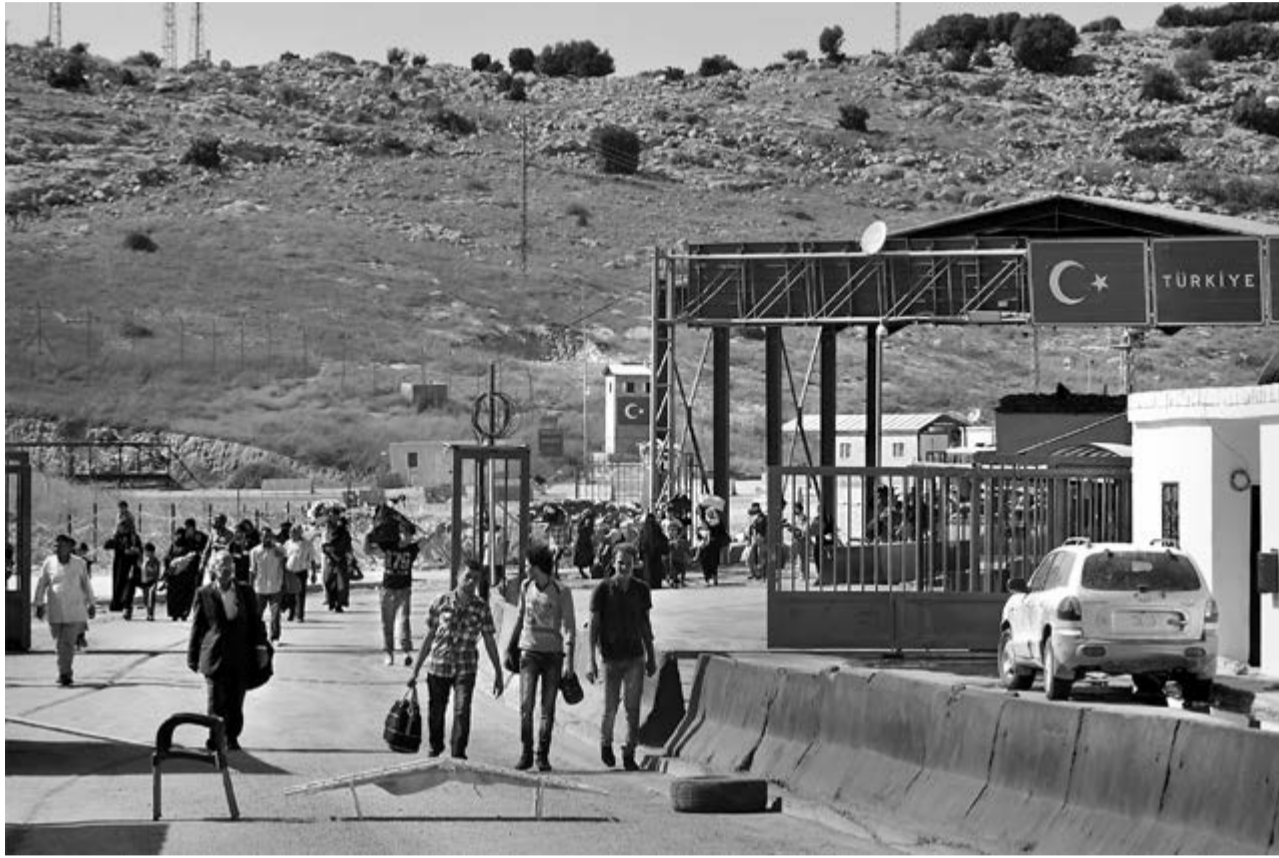
Wie der Westen den Mittleren Osten destabilisiert, um den eigenen Einfluss zu erhalten.

Von Karin Leukefeld

Was wollen die USA und Europa von uns? Sollen Syrien und Libanon als Staaten vernichtet werden?« George Jabbour blickt sein Gegenüber scharf an, während er am 5. Juli in Damaskus mit *junge Welt* über die Lage in der Levante spricht. »Alles deutet darauf hin, dass sie uns in ›Failed states‹ verwandeln wollen, in gescheiterte Staaten. So wie sie es mit dem Irak und Libyen gemacht haben. Dort haben sie die staatlichen Institutionen, das Militär und die Regierung zerstört, nachdem ihre Armeen dort angriffen. Sollen wir mit UN-Resolutionen, mit Sanktionen und ausländischen Hilfsorganisationen, den sogenannten Nichtregierungsorganisationen, regiert werden? Sie fördern mit ihrer Intervention Korruption und Schmuggel, und sie wissen, dass so die Starken stärker und die Schwachen schwächer werden. Dann sagt der Westen: Seht ihr, die können nicht regieren! Das sind gescheiterte Staaten!«

Jabbour ist Vorsitzender der Syrischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Am vergangenen Freitag beendete der UN-Sicherheitsrat eine Debatte über grenzüberschreitende Hilfslieferungen in den Nordwesten Syriens mit einem Kompromiss, auf den sich die USA und Russland geeinigt hatten. Die Resolution sieht vor, einzig den türkisch-syrischen Grenzübergang Bab Al-Hawa für internationale Hilfslieferungen geöffnet zu halten, statt mindestens zwei weitere Übergänge zu öffnen. Für viele Syrer ist das Ergebnis nicht akzeptabel. Eine Kooperation von Washington und Moskau im Sicherheitsrat kann zwar zu Entspannung führen, doch für Syrien ist die Entscheidung eine weitere Niederlage in einer langen Reihe von Demütigungen.

»Die wichtigste Aufgabe des UN-Sicherheitsrates ist es, die Souveränität Syriens gegen diejenigen zu verteidigen, die versuchen, unser Land zu teilen«, stellt Jabbour fest. Statt dessen helfe er der Türkei, rechtswidrig syrischen Boden zu besetzen. Staaten und



Der Grenzübergang Bab Al-Hawa zwischen Syrien und der Türkei in der Provinz Idlib (23.9.2015)

Organisationen würden unterstützt, die das Land zerschlagen wollten. »Das widerspricht den Prinzipien der UN-Charta, wonach Souveränität und territoriale Integrität eines Staates geschützt sind«, so Jabbour.

Die Debatte um grenzüberschreitende Hilfslieferungen in den Nordwesten Syriens wirft ein Schlaglicht auf die westliche Politik gegen ein Land, das vor zehn Jahren noch zu den wirtschaftlichen Aufsteigern in der Region gehörte und sich den USA und Europa gegenüber ebenso geöffnet hatte wie gegenüber der Türkei und den arabischen Golfstaaten. Der Westen nutzte die Offenheit des Landes, um seine eigenen Netzwerke aufzubauen. Oppositionelle, Aktivisten, Intellektuelle, Journalisten und Fachkräfte wurden identifiziert, die Informationen sammeln und bei Seminaren und internationalen Konferenzen mit Personen zusammentrafen, die ihnen Angebote zur Zusammenarbeit machten. 2011

schließlich wechselten viele von ihnen die Seiten.

Der Regime-Change ist gescheitert, doch die Invasoren geben nicht auf. Nach der militärischen Intervention und dem Wirtschaftskrieg mit Sanktionen bilden »humanitäre Lieferungen« heute den Vorwand, um die Zerschlagung des syrischen Staates fortzusetzen. Die »riesige Operation«, wie Janez Lenarcic, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenprävention, sie nannte, wird maßgeblich von den USA, Deutschland und der EU finanziert – und die wollen für ihr Geld etwas sehen. Die Finanzierung von mehr als 150 syrischen Nichtregierungsorganisationen im Nordwesten Syriens, der vom syrischen Al-Qaida-Ableger Haiat Tahrir Al-Scham kontrolliert wird, bedeutet direkte Unterstützung für eine Organisation, die von der UNO als »Terrororganisation« gelistet ist.

Wollte der Westen die gesamte syrische Bevölkerung unterstützen,

könnte er es mit den Millionenbeträgen tun. Es könnte Wiederaufbauhilfe geleistet werden, damit würden auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen. Flüchtlinge könnten aus den Lagern der Nachbarländer nach Syrien zurückkehren, um ihre Dörfer wiederaufzubauen, die Landwirtschaft wiederaufzunehmen und sich und die syrische Gesellschaft zu ernähren. Dieser Weg ist im Westen nicht gewollt, da er bedeuten würde, dass Syrien und die Nachbarländer in Kooperation eine regionale Ordnung zur Schaffung von Frieden, zur gerechten Förderung und Verteilung von Ressourcen, für den Transport und die Bildung und Schaffung eines regionalen Marktes verhandeln müssten. Das würde die Unabhängigkeit der geostrategisch wichtigen Region fördern und für die Menschen ein besseres Leben bedeuten. Der westliche Einfluss aber würde verringert.

Von Partnern und Gegenspielern

Wer will was im Mittleren Osten? Der geplante US-Rückzug bringt Spielräume für andere Akteure

Die USA wollen den Mittleren Osten, genauer: die arabische Welt, verlassen, um ihren neuen großen Herausforderer China im Osten zu belagern. US-Interessen in der politisch weitgehend destabilisierten Region – Militärbasen, Zugriff auf Öl und Gas, Kontrolle von Handelswegen – sollen von regionalen »Partnern« in Kooperation mit der NATO sowie direkt mit Großbritannien und den EU-Mitgliedern Frankreich, Deutschland und Italien abgesichert werden.

Wichtigster regionaler Partner dafür ist Israel. Israel ist von wirtschaftlich geschwächten, destabilisierten arabischen Nachbarn – Jordanien, Syrien, Libanon – umgeben und kann in diesen Staaten jederzeit politisch, militärisch und wirtschaftlich destabilisierend intervenieren.

Die neu aufgebauten Beziehungen von Israel zu arabischen Golfstaaten haben die innerarabische Spaltung

vertieft und die Arabische Liga weiter geschwächt. Darüber hinaus ist Israel den westlichen Partnern durch Geheimdienstoperationen behilflich. Im Nordirak und im Nordosten Syriens operieren israelische Agenten und NGO direkt mit kurdisch geführten Organisationen. Diese Operationen reichen bis in die 1950er Jahre zurück und haben das Ziel, lokale Autonomiebestrebungen für die westlichen Interessen zu instrumentalisieren, Separatismus zu fördern und Staaten wie Irak und Syrien zu schwächen.

USA, EU und NATO wollen die militärische und wirtschaftliche Partnerschaft mit Israel und den arabischen Golfstaaten stärken, um ihre Interessen in der Region gegenüber Staaten und Organisationen, die sie als Gegner einstufen, zu behaupten. Größter Kontrahent des Westens ist der Iran, der mit Irak, Syrien und der wichtigsten politisch-militärischen Kraft im Libanon, der Hisbollah, verbündet ist. Teheran

wird durch ein Bündnis mit Russland gestärkt. Ein bilaterales Abkommen über 25 Jahre zwischen Iran und China stärkt Teheran angesichts verheerender westlicher Sanktionen den Rücken.

Druckmittel des Iran gegenüber dem Westen ist sein ziviles Atomprogramm, das durch das gemeinsame Abkommen, den »Joint Comprehensive Plan of Action« (JCPOA), geregelt wurde. Der einseitige US-Austritt unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump im Mai 2018 verschärfte die Konfrontation mit Teheran. Russland nutzte die daraus resultierende regionale Verunsicherung, um die arabischen Golfstaaten mit Iran, Irak und Syrien wieder zusammenzuführen.

Weiterer Akteur »zwischen West und Ost« ist das NATO-Mitglied Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdogan sieht sich als Erbe des Osmanischen Reichs und verfolgt zielstrebig eine Ausweitung seines Machtbereichs. Das geschieht militärisch mit Invasionen im Irak und

Syrien. Insbesondere im Norden Syriens vertreibt Ankara syrische Araber und Kurden und betreibt eine offene Türkiisierungspolitik. In Aserbaidschan und Afghanistan versucht die Türkei, ihren Einfluss auszuweiten, und ist auch in Libyen militärisch aktiv. Von der libyschen Küste bis zur türkischen soll quer übers Mittelmeer eine türkisch-libysche »Interessenszone« eingerichtet werden, um dort nach Öl und Gas zu suchen. Damit greift Ankara im östlichen Mittelmeer auf Gebiete zu, die auch von Griechenland, Zypern, Ägypten, Israel, Libanon und Syrien beansprucht werden. Betroffen von türkischen Großmachtsprüchen ist die östliche Mittelmeerpipeline, ein zentrales EU-Projekt zur Absicherung der Energieversorgung. Die Pipeline soll Energieressourcen aus dem östlichen Mittelmeerraum über Zypern, Griechenland nach Italien bringen. Am östlichen Ende der Pipeline soll Israel angeschlossen werden. **Karin Leukefeld**

Hintergrund Wasser als Waffe

Seit Monaten hat die Türkei die Menge des Wassers, das den Euphrat hinabläuft, gedrosselt. Besonders betroffen sind syrische Dörfer und Städte, ebenso solche im Irak. Wie die Nachrichtenagentur SANA am 6. Juli berichtete, beklagt der Gouverneur von Hasaka, Ghasan Khalil, dass eine Million Einwohner der syrischen Provinz vom Trinkwasser abgeschnitten seien. Dreckiges Wasser begünstige die Verbreitung von Krankheiten, warnte er und nannte ausdrücklich Virus- und Durchfallerkrankungen.

Die Bevölkerung sehe die »internationale Gemeinschaft« und deren Hilfsorganisationen durch ein Glas Wasser, so Gouverneur Khalil. Gebe es Wasser für die Menschen, machten diese Organisationen ihre Arbeit gut. Wenn kein Wasser vorhanden sei, arbeiteten sie schlecht. Kinder werden diese Aussage unterstreichen. Sie sind die Wasserträger in Kriegs- und Krisengebieten, stellte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bereits in einem Bericht vom 9. Oktober 2020 fest. »Anstelle von Spielzeug tragen die Kinder Plastikflaschen und Wasserkanister«, um aus Tanklastwagen oder aus den von Hilfsorganisationen aufgestellten Tanks für die Familie Wasser zu holen.

Für internationale Hilfsorganisationen und Unternehmen ist der Wassermangel ein Geschäft geworden. »Wash«, ein Begriff aus ihrem Sprachgebrauch, steht für »Water, Sanitation, Hygiene« (Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene). Flüchtlingslager rund um Syrien werden generalstabsmäßig mit Wasser versorgt, selbst wenn sie – wie das Lager Saatari in Jordanien – völlig unzureichend mitten in der Wüste errichtet wurden. Anstatt in Frieden zu investieren und den Menschen bei der Rückkehr in ihre Heimat zu helfen, werden aus Lagern feste Städte. In Saatari finanziert die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Auftrag der Bundesregierung die aufwendige Wasserversorgung für das Lager. In Partnerschaft von Hilfsorganisationen und Unternehmen werden Tiefbrunnen gegraben und ein Leitungssystem gebaut.

Wohin solche Eingriffe führen, erleben die Palästinenser nur knapp 100 Kilometer weiter westlich im von Israel abgeriegelten Gazastreifen. Das Wasser aus dem unterirdischen Küstenaquifer und aus zusätzlich gegrabenen Brunnen ist so stark von Abwasser und dem salzigen Meerwasser belastet, dass es nicht zum Trinken geeignet ist. Bei ständigem Strom- und Treibstoffmangel und wiederholten Angriffen der israelischen Luftwaffe auf die zivile Infrastruktur ist eine sichere Wasserversorgung für die Menschen nicht möglich. Nach UN-Angaben sind 75 Prozent der Küste des Gazastreifens verschmutzt.

(kl)